



NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 10. SITZUNG DES BEIRATS FÜR MIGRATION UND INTEGRATION
IN DER VI. WAHLPERIODE (2019 BIS 2024)

Datum und Ort:	17.03.2022	online
Dauer von - bis:	18:00 Uhr	20:15 Uhr
Teilnehmer/innen:	(A) Mitglieder des Beirats für Migration und Integration:	
	Frau Ulrike Weiwad-Klenk	
	Herr Jeorijos Beyer , Diez	
	Herr Matthias Boller , Lahnstein	
	Frau Pauline Sauerwein , Bad Ems	
	Herr Ruslan Aloyan , Nassau	
	Herr Günter Groß , Lahnstein	
	Frau Silke Löhr , Hahnstätten	
	Frau Jutta Niel , Lahnstein (in Vertretung f. Frau Wahlers)	
	Es fehlten:	
	Frau Vorsitzende Alia Saleh-Schäfer , Bad Ems	
	Frau Irmtraud Wahlers , Fachbach	
	Herr Damian Kupka , Lahnstein	
	(B) Kreisverwaltung:	
	Frau Waldorf , Migration und Integration	
	Frau Krtsch-Held , Migration und Integration	
	Frau Milles-Ostermann , Gleichstellungsbeauftragte des RLK	

Die **erste Vorsitzende, Frau Weiwad-Klenk**, eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die **erste Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und teilt mit, dass der Beirat beschlussfähig ist.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 10.03.2022 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Ansonsten werden keine Ergänzungen vorgetragen, so dass die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wie folgt genehmigt wird:

Tagesordnung

- 1) **Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2021**
- 2) **Einwohnerfragestunde**
- 3) **Kommunalwahlrecht – Information durch die Herren Gülcere und Knobloch von der ARGAP mit anschließender Diskussion**
- 4) **Aussprache über den Entwurf des Zwischenberichts für den Kreistag**
- 5) **Verschiedenes**

Punkt 1:

Begrüßung

Die **Vorsitzende Frau Weiwad-Klenk** begrüßt die Anwesenden. Alle abwesenden Mitglieder sind entschuldigt.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verabschiedet.

Punkt 2:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Punkt 3:

Kommunalwahlrecht

Information durch die Herren Gülcere und Knobloch von der ARGAP mittels PPP-Folien mit Handhabung verschiedener Länder. In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) dürfen EU-Bürger nach 3 Monaten Aufenthalt an Kommunalwahlen teilnehmen. Drittstaatlern mit langjährigem Aufenthalt in der BRD sind nicht berechtigt an Kommunalwahlen teilzunehmen. Verschiedene Änderungsinitiativen einzelner Bundesländer sind über die Jahre gescheitert. Hierfür wäre eine Grundgesetzänderung notwendig. Ggf. würde sich das auf die Zahlen zur Einbürgerung auswirken, da durch ein Wahlrecht für Drittstaatler die politische Gestaltungsmöglichkeit auch ohne Einbürgerung gegeben wäre. In einigen Städten sind bis zu 30 % der Bürger von dem fehlenden Wahlrecht betroffen. Leider wurde das Kommunalwahlrecht für Drittstaatler nicht im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aufgenommen.

An der anschließenden Diskussion haben sich die Beiratsmitglieder rege beteiligt und folgende Punkte besprochen:

- Ausschluss von teilweise seit Jahrzehnten hier lebenden Mitbürgern ist nicht fair.

- Zusätzlich wird der gravierende Unterschied zwischen seit mind. drei Monaten hier lebenden EU-Bürgern und seit langer Zeit hier lebenden Drittstaatlern bemängelt.-
- Kommunalwahlrecht wird als wichtiger Schritt zur Integration angesehen. Engagement auf kommunaler Ebene sollte gefördert werden, in dem Partizipation durch Wahlmöglichkeiten funktionieren kann.
- Da es bei einem Kommunalwahlrecht eher um Personenwahl als um Parteienwahl geht, ist die Verbundenheit zum Wohnort eher gegeben.
- Politische Teilhabe ist wichtige Voraussetzung, um sich mit dem Staat identifizieren zu können.

All diese angeführten Punkte haben deutlich gemacht, dass es ein Kommunalwahlrecht geben sollte! Vorgehensweise um für dieses Ziel zu werben:

Sensibilisierung auf kleiner Ebene und für dieses Thema in der eigenen Kommune werben.

Von der Basis (Kommune) das Thema nach oben (Landesregierung) tragen und die Teilhabemöglichkeit der Migranten einfordern.

Die jeweiligen Abgeordneten/Kommunalpolitiker sollen kontaktiert werden und die entsprechenden Inhalte/Wünsche mitteilen – Lobbyarbeit.

Erstellen eines Textes/Resolution, der an Abgeordnete versandt wird. Zusätzlich sollte eine Unterschriftenaktion initiiert werden. Wünschenswert wäre es eine Änderung in Bezug auf die Kommunalwahl 2024 anzustreben.

Es soll Info-Material in einfacher Sprache erstellt werden

Der Beirat für Migration und Integration lädt Landtags- und Bundestagesabgeordnete zu einer der nächsten Sitzungen ein.

Den Kreistag über die Ziele in diesem Bereich, mittels Zwischenbericht und Tagesordnungspunkt-Aufnahme in naher Zukunft, informieren.

Punkt 4:

Aussprache über den Entwurf des Zwischenberichts für den Kreistag
--

Änderungswunsch von Frau Wahlers zum Friedensgebetspunkt aufgenommen.

Kommunalwahlrecht für Drittstaatler als eigenen Punkt aufnehmen.

Der Text sollte gekürzt werden und ggf. noch eine Powerpoint-Präsentation als Vortragsmöglichkeit erstellen. Vortragszeit ca. 5 Minuten.

Punkt 5:

Verschiedenes

Stolpersteine – Kooperation mit Realschule plus Bad Ems/Nassau zur Pflege der Stolpersteine. Es wurde Kontakt zur jüdischen Gemeinde – Frau Odelia Lazar und Herrn Wolfgang Dorr aufgenommen. Leider konnte der von Frau Lazar vorgeschlagene Tag der Befreiung von Auschwitz terminlich nicht umgesetzt werden. Die Aktion soll entweder kurz vor oder kurz nach den Sommerferien initiiert werden. Das Projekt sollte zum Stundenplan der Schule passen. Der Ablauf ist grundsätzlich so gedacht, dass Schüler Informationen über die Familien vortragen, deren Steine dann gereinigt werden. Zusätzlich ist eine musi-

kalische Begleitung von Frau Lazar angedacht. Frau Weiwad-Klenk kümmert sich um die finale Organisation der Veranstaltung.

Logo des Beirates für Migration – Es ist angedacht, dass das Logo des Beirates auf der Homepage der Kausa- Landesstelle eingestellt und zum Flyer verlinkt wird.

Anfrage über zukünftige Sitzungs-Form (Online oder Präsenz)- Diskussion: es gibt für jede Form der Veranstaltung Argumente;

Online: durch Wegfall der Fahrtzeit gibt es eine Zeitersparnis und somit mehr zeitliche Möglichkeiten + ökologischer Aspekt- Wegfall von Benzinverbrauch + keine Corona-Ansteckungsgefahr

Präsenz: keine Auswirkungen von „schlechten“ Internetverbindungen + persönliche Austauschmöglichkeiten sind größer + „keine Technikprobleme“ mit Hardware und Software

Planung der nächsten Sitzung im Juni. Thema: Ausbildung für junge Migranten. Als Gäste sind Frau Anke Altmeyer – Kausa Service-Stelle Koblenz und Frau Tanja Steeg – Leiterin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Lahn eingeladen.

Zeitungsartikel aus der Tageszeitung – TAZ – wurde an alle Beiratsmitglieder geschickt.

Was kann der Beirat für Migration und Integration im Bereich der Unterstützung für ukrainische Geflüchtete tun. Derzeit sieht der Beirat hier keine Unterstützungsmöglichkeit, da vorwiegend die Wohnraumunterbringung gefragt ist. Es wird von verschiedenen Unterstützungsangeboten (z. B. Sprachkurs im Kreml, ...) berichtet.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, bedankt sich die **Vorsitzende** bei den anwesenden Mitgliedern und schließt die 10. Sitzung des Beirats für Migration und Integration in der VI. Wahlperiode um 20:15 Uhr.

gez.



Unterschrift 1.Vorsitzender
(Ulrike Weiwad-Klenk)

gez.



Unterschrift Protokollführerin
(Inge Waldorf)